Henry Jenkins, David Thoburn, Brad Seawell (Ed.): Democracy and New Media

Cambridge: MIT Press 2003, 385 S., ISBN 0-262-10101-7, \$ 39,90

Die Herausgeber widmen sich in ihrem ansprechend aufgemachten Reader sowohl der demokratischen als auch der medienöffentlichen Bedeutung neuer Medien. Die zunehmende Verbreitung computervermittelter Kommunikation sehen sie dabei gleichermaßen mit Chancen und Gefahren verknüpft. Gegliedert ist der Band in drei Abschnitte mit insgesamt 21 Beiträgen: Nach „How democratic is Cyber-

space?“ werden die „Global Developments“ und schließlich „News and Information in the Digital Age“ aus jeweils unterschiedlichen Blickwinkeln beleuchtet. In ihrer Einleitung diskutieren Henry Jenkins und David Thoburn, wie sich das Internet von anderen Medien unterscheidet. Dabei stellen sie als (zu überprüfendes) wichtigstes Merkmal heraus: „Networked computing operates according to principles fundamentally different from those of broadcast media: access, participation, reciprocity, and many-to-many rather than one-to-many communication.“ (S.2) Ein wesentlicher Bezugspunkt des gesamten Readers, wie auch vieler einzelner Beiträge ist die damit verbundene These der „Demokratiemaschine Internet“ (man erinnere sich an die deutschsprachige Internetzeitschrift *com.une.farce* [1998-2000]), also der Vermutung, dass die neuen Kommunikationsmöglichkeiten Demokratieelemente (re-)vitalisieren.

Einerseits bietet die zivilgesellschaftliche Nutzung des Internets augenscheinlich neue demokratische Potentiale – wie u.a. einen Zuwachs an Information und ‚Deliberation‘ (Lloyd Morrisett) oder eine Zunahme politischer und medialer Selbstorganisation (vgl. Doug Schuler). Diesen positiven Entwicklungen stehen mögliche Dysfunktionalitäten gegenüber. Nolan A. Bowie arbeitet beispielsweise auf originelle Weise den Einfluss bestehender politischer Eliten auch auf die neuen Medien heraus. Der dokumentierte Disput zwischen den professionellen ‚Politikvermittlern‘ Ira Magaziner und Benjamin Barber verdeutlicht eingehend die rasche politökonomische ‚Vermachtung‘ des Mythos Cyberspace. Neben diesen und anderen Beiträgen mit explizit politikwissenschaftlichem Blickwinkel stehen viele mit eher implizitem Fokus auf Demokratie. So untersucht Cristina Venegas im zweiten Abschnitt dieses Buches die Netzpolitik der kubanischen Regierung. Andrew Jakubowicz wirft Schlaglichter auf die kulturellen Aspekte von Virtualität. Ashley Dawson bietet einen fundierten Einblick in die (neue) Medienpraxis in Südafrika. Im dritten Abschnitt des Buches werden hauptsächlich die durch neue Medien hervorgerufenen Veränderungen im Bereich des Journalismus und der Produktion von Nachrichten und Informationen ausgelotet. Hier werden vielfältige Ansätze präsentiert. Robert Huesca und Brenda Dervin explorieren beispielsweise in einer interessanten Fallstudie den Einsatz von Hypertext in der journalistischen Praxis. Ingrid Volkmer skizziert das entstehende Beziehungsgeflecht von Mediensystemen und Journalismus im Kontext globaler Netzwerke. Ellen Hume stellt ihr Modell des ‚Resource Journalism‘ vor.

Insgesamt bietet der Band zahlreiche und interessante Befunde: Aktuelle Formen politischer Kommunikation via neuer Medien und deren (mediale) Repräsentation in Foren, virtuellen Gemeinschaften, klassischen und alternativen Massenmedien etc. werden ausführlich beschrieben. Da aber die vorgestellten Phänomene weder konsequent in einen demokratietheoretischen (z.B. den der politischen Partizipationstheorie) noch systematisch in einen medientheoretischen Kontext (z.B. den der Cultural Studies) eingebettet werden, bleibt die Mehrzahl der Analysen oberflächlich. Letztendlich dienen sie nicht zur Explikation der

Ausgangsfeststellung des Readers, sondern nur zur Deskription. Auch die im dritten Abschnitt vorgenommene Zuspitzung auf (klassischen) Journalismus und dessen Informationsfunktion ist erklärungsbedürftig, da gerade dieser Aspekt, u.a. durch sinkende Publikumsresonanz, der Renaissance selbstorganisierter Medien und durch die stetig professioneller werdenden Public Relations im Bereich politischer Kommunikation immer mehr an öffentlicher Bedeutung verliert. Trotz der proklamierten Prinzipien des Bandes („[...] historical [...] comparative [...] accessible [...]“, S. IX) macht die Auswahl der Beiträge stellenweise den Eindruck einer gewissen Beliebigkeit. Dies kann aber wiederum kaum auf die Herausgeber zurückgeführt werden, sondern spiegelt vielmehr die disparate Forschungssituation wider. Der Blick auf die europäische bzw. internationale Forschung hätte für neuen Input sorgen können, denn die Autoren sind trotz der transnationalen Ausrichtung des Buches ausnahmslos US-Amerikaner bzw. in den USA lehrende Wissenschaftler.

Jeffrey Wimmer (München)